

Haushaltsrede René Wiedmann (Die Linke)
25.01.2024

- Es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrter Herr Sichelstiel,

3 Jahre Pandemie, der Ukraine-Krieg und nicht zuletzt die wirtschaftlichen Folgen der Inflation in den letzten 2 Jahren haben Ihre Auswirkungen sowohl auf die Bürgerinnen und Bürger aber auch auf die Handlungsspielräume der Kommunen.

Den Kommunen werden unabhängig davon schon seit langem immer mehr Aufgaben aufgebürdet, ohne dass ihnen gleichermaßen ausreichend Mittel durch Bund und Länder zur Verfügung gestellt werden. Neben der Instandhaltung und dem Ausbau der Infrastruktur und der Gewährleistung einer handlungsfähigen und bürgerfreundlichen Verwaltung kommen darüber hinausgehende Aufwendungen hinzu, die wir als Stadt selbst aufbringen oder über die Kreisumlage mitfinanzieren müssen, wie zum Beispiel für eine vernünftige Unterbringung von Flüchtlingen, etc.

Trotz dieser Rahmenbedingungen schulterte und schultert die Stadt Lauf wichtige und auch kostenintensive Projekte, es seien hier besonders die Sanierungen des Jugendzentrums und der Bertleinschule genannt. Dies verlangt der Stadt einiges ab, die Ergebnisse zeigen aber wie ich meine, dass diese Investitionen richtig und zukunftsweisend waren und sind.

Mit dem Schulwegkonzept und Modellversuchen, wie die geplante Fahrradstraße, wird die Stadt weitere wichtige Schritte einleiten. Die Linke unterstützt all diese Initiativen, die unsere Stadt lebenswerter, sicherer und zukunftsfähiger machen.

Trotzdem hat der Stadtrat auch schon im Juli des vergangenen Jahres Kürzungen, leider auch im sozialen Bereich beschlossen. Dazu gehörten Zuschüsse für laufende Zwecke für den Gehörlosenverein, die Rummelsberger Anstalten, Zuschüsse für die Altentagesstätten der AWO Lauf, des katholischen Pfarramts St. Otto und des evangel.-luth. Pfarramts, die Streichung der Investitionsförderung der Kirchen und die Reduzierung der Investitionsförderung der Vereine im Vermögenshaushalt, die Reduzierung der Übungsleiterzuschüsse, die pauschale Kürzung der Allgemeinen Grundförderung der Sportvereine um 10%, selbiges bei der Allgemeinen Grundförderung der Musikvereine, der Heimatvereine, sowie bei den Freiwilligen Vereinszuschüsse für den CVJM, den KJR, dem evangelischen Familienhaus und dem Kolpinghaus. Ebenfalls wurde der freiwillige Vereinszuschuss für die Feuerwehrvereine um pauschal 10 % gekürzt, genauso wie bei der Grundförderung der Kleingartenvereine.

Die Förderungen, die es weiterhin unverändert oder gekürzt gibt, werden per Stadtratsbeschluss künftig auf 5 Jahre begrenzt, das heisst alle 5 Jahre Bangen für die betroffenen Vereine und Institutionen, ob die Finanzierung ihrer wichtigen Arbeit danach noch genauso gewährleistet ist wie vorher.

Ich habe den aufgeführten Kürzungen und der pauschalen Befristung aller finanziellen Förderungen nicht zugestimmt, in den meisten Fällen als einziger Stadtrat. Die genannten Kürzungen für die Zuschüsse für die Altentagesstätten wurden mit der denkbar knappsten Mehrheit von einer Stimme

im Stadtrat beschlossen. Ich meine, dass sich der Stadtrat hier seiner sozialen Verantwortung mehr bewusst hätte sein müssen.

Die von mir beantragte Erstellung eines Hitzeaktionsplanes wurde im Stadtrat mehrheitlich abgelehnt, auch hier im Wesentlichen mit Verweis auf die Kosten. Wohlwissend, dass wir perspektivisch nicht darum herumkommen werden, hier wirksame Konzepte zu entwickeln. Die Hitzewellen werden in Zukunft häufiger und die Gesundheitsgefahren höher. Der Wille zum Sparen darf aus meiner Sicht nicht auf Kosten des Gesundheitsschutzes der Bürgerinnen und Bürger erfolgen.

Im Haushaltsplan nicht vollumfänglich aufgenommen wurden die von der Verwaltung gut begründeten und meines Erachtens auch notwendigen zusätzlichen Verwaltungsstellen. Dies wird zur Folge haben, dass dringend notwendige Massnahmen nicht in der erforderlichen Geschwindigkeit vorangetrieben werden können.

Gleichzeitig verweigert sich der Stadtrat in seiner Mehrheit der aus meiner Sicht vernünftigen Initiative der Fraktion der Grünen, die Abführung aus den mehr als ordentlichen Gewinnen der Stadtwerke in den städtischen Haushalt zu erhöhen. Das Argument für das Betreiben von Unternehmen der Daseinsfürsorge in öffentlicher Hand ist doch gerade, dass hier nicht Gewinne privatisiert werden, sondern der Allgemeinheit zu Gute kommen sollen. Bevor man Zuschüsse pauschal für soziale Einrichtungen und Vereine kürzt, wäre dies der allemal bessere Weg gewesen.

Und auch wenn der Gewerbesteuer-Hebesatz nach entsprechendem Druck durch die Kommunalaufsicht erst im vergangenen Jahr erhöht wurde, befindet sich Lauf bei der Bemessung aktuell immer noch im unteren Bereich der bayerischen Gemeinden > 20.000 Einwohner und klar unter dem bayernweiten Durchschnitt aller Kommunen. Auch hier sehe ich Potenzial, den finanziellen Spielraum der Stadt in den nächsten Jahren nochmal zu erweitern.

Wenn wir hier künftig nicht auf diese Möglichkeiten zurückgreifen, den Haushalt finanziell besser auszustatten, werden wir bei den künftigen Herausforderungen in ernsthafte Schwierigkeiten geraten. Das fängt bei den notwendigen Massnahmen im Zusammenhang mit dem Klimaschutz an und hört nicht auf bei dringend notwendigen Massnahmen zur Stadtentwicklung, wenn ich hier nur an die Situation in Lauf Links denke.

Sparzwänge dürfen auch nicht dazu führen, dass Zuschläge für kommunale Aufträge an solche Unternehmen erfolgen, die das „wirtschaftlichste Angebot“ nur auf dem Rücken untertariflich bezahlter Arbeitnehmer:innen anbieten können. Dass der Stadtrat es bisher ablehnt, eine Vergabeverordnung zu erlassen, mit der Aufträge nur an Unternehmen erteilt werden, die mindestens Tariflohn bezahlen, trägt dazu bei, dass es Unternehmen erschwert wird, ihren Angestellten faire Löhne zu zahlen und zeitgemäße soziale und ökologische Bedingungen zu berücksichtigen, weil sie dies nicht in ihre Kalkulation einbeziehen können, ohne im „Wirtschaftlichkeitswettbewerb“ zu unterliegen.

Der Tarifreport des DGB Bayern ergab, dass Beschäftigte in nicht-tarifgebundenen Betrieben länger arbeiten und 24 Prozent weniger verdienen. Es ist daher nicht hilfreich, dass Kommunen, auch wir, die Tariffucht noch unterstützen, wenn bei der Vergabe in der Regel das billigste Angebot immer den Zuschlag erhält. Deshalb braucht es hier klare Regeln, wie sie der DGB seit langem von den Kommunen einfordert. Auch hierfür braucht es finanziellen Spielraum.

Trotz der aufgeführten Kritik an der durch die Stadtratsmehrheit getragenen Einnahme- und Ausgabenpolitik handelt es sich bei der Vorlage um einen soliden Haushalt. Wichtige Projekte werden vorangetrieben, hier will ich meine Unterstützung nicht verweigern. Weiterhin benötigt die Verwaltung einen rechtlich gesicherten Rahmen, damit sie handeln kann. Wir sind ja schon am Ende

des ersten Monats des Haushaltsjahres 2024. Deshalb werde ich dem vorgeschlagenen Haushalt in Gesamtabwägung zustimmen.

Abschließend möchte ich mich ausdrücklich bedanken bei den Vertreter:innen der Stadtverwaltung, die bei der Erstellung der Vorlage des Haushaltsplanes eine hervorragende Arbeit geleistet haben und jederzeit ihre Unterstützung bei allen Fragen rund um den Haushalt angeboten und uns Stadträten auch immer wieder pro-aktiv mit wichtigen Informationen und Erläuterungen zur Seite standen. Vielen Dank dafür!